



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Glaubst du vielleicht auch, daß sie Sir Thomas Gedanken zu mir hingezaubert hat und die des schwedischen Grafen zu Lady Sophia?

Mylady sollte nicht an so etwas denken, wenn Mylady ihre Gebete schon gesprochen hat, das ist sündhaft.

Ja, aber wenn ich nun doch daran denke, um nicht an etwas andres zu denken, was noch sündhafter ist . . .

Was ist das denn? fragte Amelia schlaftrunken und richtete sich im Bett auf.

Aber damit wollte Lady Elizabeth nicht heraus. Sie sagte nur, über seine Gedanken sei man ja nicht Herr, und nun wollte sie schlafen und bis hundert zählen, damit sie einschlafe.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (König Eduard in Friedrichshof. Deutsch-englische Beziehungen. Ausnutzung des guten Wetters. Nochmals die Amnestiefrage. Von der Marine. Die Sedanfeier in den preußischen Schulen. Die Akademie in Posen und die Ostmarkenpolitik.)

Die Monarchenbegegnung in Friedrichshof ist sowohl von der deutschen als von der englischen Presse mit Zurückhaltung begleitet worden, einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Diese Zurückhaltung war durchaus am Platze und entsprach der Sachlage. Auf der Durchreise durch Deutschland nimmt der König von England auf deutschem Boden einen Aufenthalt von vierundzwanzig Stunden als Gast einer seiner Nichten, der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen. Es ist im eigentlichen Sinne kein Besuch des Kaisers und beim Kaiser, sondern ein Zusammentreffen im Familienkreise. Nun ist es ja selbstverständlich, daß auch das privateste Zusammentreffen der Herrscher zweier mächtiger Staaten folgenreiche politische Wirkungen recht verschiedener Art haben kann; diese Wirkungen können je nach dem Verlaufe der Begegnung zu Enttäuschungen und Entfremdungen führen, die, wenngleich auf persönlichem Gebiete liegend, dann doch in den Beziehungen der beiden Nationen zum Ausdruck gelangen; sie können für die betreffenden Länder aber auch eine mehr oder weniger enge freundschaftliche Annäherung zur Folge haben. Die zwischen Deutschland und Großbritannien eingetretene Spannung hatte einen natürlichen und einen unnatürlichen Zug. Unnatürlich — wegen der nahen Verwandtschaft der beiden Herrscherhäuser, der, sagen wir: geistigen Verwandtschaft der beiden Nationen. Auch des überwiegend protestantischen Charakters beider Völker und ihrer Dynastien muß in diesem Zusammenhange gedacht werden. Ein Jahrhundert lang, von der Mitte des achtzehnten bis zum Beginn des neunzehnten, hatten dann Preußen und England einen gemeinsamen Feind, dessen Bekämpfung ihnen ein gemeinsames Interesse verlieh. Dieses Interesse erreichte in der Schlacht bei Belle-Alliance seinen Höhepunkt und — sein Ende, nachdem es schon wenig Monate zuvor nahe daran gewesen war, in das Gegenteil, in Feindschaft und Bekämpfung umzuschlagen. Hätte Napoleon mit der Rückkehr von Elba noch sechs bis zwölf Monate gewartet, so würde er vielleicht Europa in einer seinen Plänen günstigeren Verfassung vorgefunden haben. Schon im Jahre 1814 hatte es sich gezeigt, daß England einer Erstarkung Deutschlands, einem einheitlichen Zusammenfassen seiner nationalen Kräfte, wenig geneigt war und der Vergrößerung Preußens nach Möglichkeit

entgegentrat. Ohne England würde das Elsaß wohl schon damals für Deutschland zurückgenommen worden sein. Während der Regierungsdauer Friedrich Wilhelms des Dritten erwies sich die Erinnerung an Belle-Alliance immer noch gelegentlich als ein festes Band, Friedrich Wilhelm der Vierte reiste noch im Jahre 1842 zur Taufe des jetzigen Königs Eduard nach London. Mit den Jahren 1848/49 begannen die Gegensätze. Palmerston verletzte das nationale Empfinden Deutschlands durch Nichtanerkennung der deutschen Flagge, während der englische Hof die Bestrebungen, die auf das Erbkaufertum der Hohenzollern gerichtet waren, noch mit seinen Sympathien begleitete. Dann führte der Krimkrieg zu einer weitern Entfremdung der Politik beider Länder. Das englisch-französische Kriegsbündnis, vierzig Jahre nach den Befreiungskriegen, war ein Novum in der Geschichte. Die persönlichen Beziehungen, die der Prinz und die Prinzessin von Preußen seit dem Jahre 1848 zum englischen Hofe geknüpft hatten, bewirkten, daß ungeachtet mancher politischen Gegensätze das freundschaftliche Verhältnis der Höfe erhalten blieb, und die Verlobung des dereinstigen Erben der preußischen Krone mit der Prinzessin Royal von England möglich wurde. An dieses Familienbündnis sind manche Hoffnungen geknüpft worden, sie erloschen wesentlich schon mit dem Tode des Prinz-Gemahls. In den sechziger Jahren finden wir die englischen Sympathien auf seiten der Polen, der Dänen usw., ihnen hielt nur das Interesse des englischen Königshauses an der Zukunft der Prinzessin Royal die Wage. Nicht anders war es 1870. Die spätere deutsche Reichspolitik ist niemals im eigentlichen Sinne eine antienglische gewesen. Als sich die Gegensätze zwischen England und Rußland zuspitzten, vermied es Bismarck sorgfältig, Deutschland in die Lage zu bringen, zwischen diesen beiden Mächten optieren zu müssen; als uns dann die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik wiederholt in direkte Interessengegensätze zu England brachten, war der erste Reichskanzler immer bereit, allen englischen Ansprüchen nachzugeben, die auch nur einen Schatten von Berechtigung für sich hatten; wo eine solche Berechtigung nicht vorhanden war, hielt er fest. Er wurde dabei von der gewiß richtigen Ansicht geleitet, daß, da wir angesichts der europäischen Gesamtlage eine Kolonialpolitik im Gegensatz zu England nicht treiben können, wir auf ein Zusammengehen mit England, wenigstens auf einen modus vivendi angewiesen sind. Es war ihm völlig klar, daß wenn wir in einen tiefen Gegensatz zu England gerieten, andre europäische Mächte das mit Vergnügen aufgreifen würden, um ihre eigne Lage auf unsre Kosten zu verbessern. Er vermied darum ebenso in das Kielwasser der englischen Politik zu geraten wie er darauf hielt, England keinerlei Schwierigkeiten zu machen, wo nicht vitale deutsche Interessen auf dem Spiele standen. Zu einem Bündnis mit England ist Bismarck nie gelangt. Er hat es öffentlich wiederholt beklagt, daß England für uns nicht bündnisfähig sei, weil der englische Staatsorganismus das wichtigste Fundament eines Bündnisses, die Bindung von Fürst zu Fürst, ausschliesse. Im stillen mochte er überdem befürchtet haben, daß uns ein solches Bündnis von Rußland entfernen, ja in die Notwendigkeit versetzen könnte, Englands kontinentale Kriege auszufechten, ohne daß wir einer englischen Gegenleistung hinreichend sicher wären. Wie oft hat man während der letzten Dezennien in englischen Blättern lesen können, daß Deutschland und England, das stärkste Landheer und die mächtigste Flotte, aufeinander angewiesen seien. Will man einer solchen deutsch-englischen Bündnisfrage auf den Grund gehn, so kommt doch zunächst in Betracht, daß jedes Bündnis nur dann Wert für uns haben kann, wenn es die Anerkennung des politischen Status quo in Europa und die Garantie des Besitzstandes einschließt, selbstverständlich eine gegenseitige. Da England einer Garantie seines europäischen Besitzstandes nicht zu bedürfen glaubt, Deutschland die Garantie des außereuropäischen Besitzstandes Englands

zu übernehmen aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage war, so entfiel für beide Staaten der Hauptpfeiler eines Bündnisvertrags. Die Mitwirkung der englischen Flotte zur Abwehr eines neuen französischen Angriffs auf Deutschland wäre nicht zu erlangen, die Art der Ausführung einer solchen Zusage jedenfalls von dem Wechsel der Parteiverhältnisse in England abhängig gewesen — es fehlte somit für ein deutsch-englisches Bündnis jede *causa foederis*. England hat dem Dreibund seinerzeit seinen Segen erteilt, es hat ihn durch Abmachungen mit Italien gewissermaßen nach der englischen Seite hin ergänzt, aber kein englisches Kabinett würde bereit gewesen sein, es sei denn angesichts eines schweren kolonialen Konflikts mit Frankreich, dem dieses immer sorgfältig ausgewichen ist, sich irgendeiner Abmachung fest anzuschließen, bei der eine Sicherung des Frankfurter Friedens in Betracht kam.

Man könnte nun einwenden, daß England doch wohl für ein Bündnis gegen Rußland zu haben gewesen wäre. Rußland allein würde uns nie angegriffen haben, wäre das dennoch geschehen, so bedurfte Deutschland zur Abwehr keines Bündnisses. Gegen ein im Bunde mit Frankreich fechtendes Rußland wäre England aber nicht zu haben gewesen.

Lagen die Verhältnisse schon so zur Bismarckschen Zeit und unter der Regierung der Königin Viktoria, so kann bei der intimen Annäherung an Frankreich, die sich neuerdings in der englischen Politik vollzogen hat, und bei dem englischen Umwerben Rußlands, von einer deutsch-englischen Bündnisfrage überhaupt nicht mehr die Rede sein. Die Zeit für ein solches Bündnis ist auch wohl für jetzt vorüber. England hat in Europa augenblicklich keine Interessen, für die es sich mit uns alliteren würde, seine Annäherung an Frankreich hat sich auf der Basis der afrikanischen und sonstigen überseeischen Politik vollzogen, für ein deutsch-englisches Bundesverhältnis würde zurzeit auf beiden Seiten Leistung und Gegenleistung fehlen. Was die Zukunft einmal bringen kann, ist eine andre Frage. Bündnisse ohne bestimmten Zweck entsprechen nicht den Traditionen unsrer Politik, wenigstens seit der Regierung Kaiser Wilhelms des Ersten nicht; die Möglichkeit eines Bündnisses im gegebenen Falle durch freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen offen zu halten, liegt dagegen immerhin bis zu einem gewissen Grade im Interesse beider Mächte. Deutschland konnte sich nicht auf ein allgemeines Verhältnis zu England einlassen, bei dem es nur die Rolle gehabt hätte, die grundsätzliche kontinentale Ergänzung der englischen Flotte zu sein, aber es sind doch Probleme der Zukunft genug denkbar, die beide Staaten enger aneinander zu knüpfen vermögen. Um so bündnisfähiger wir dann sind, desto lieber wird man uns suchen.

Es ist vollkommen ausreichend, wenn die Begegnung von Friedrichshof und der dortige ungezwungne Verkehr beider Monarchen, eine offene Aussprache miteinander, ein heiteres Beisammensein im Familienkreise an einer durch gemeinsame Erinnerungen geweihten Stätte als Symptom einer gebesserten Lage registriert werden dürfen. Beiden Nationen genügt die Gewißheit, daß ihre Flaggen niemals gegeneinander wehen werden, und daß Differenzen, die sich ergeben sollten, in freundschaftlicher Weise zum Austrag gebracht werden, freundschaftlich freilich nicht in dem Sinne, daß Deutschland dabei immer den kürzern zu ziehen hat. König Eduard wird hoffentlich die Überzeugung mitnehmen, daß alle Einmischungs-, Ausdehnungs- und Vergrößerungspläne, die von den deutschfeindlichen Strömungen in Europa unablässig in Umlauf gesetzt worden sind, ausschließlich auf Erfindung beruhen, und daß speziell England gegenüber Deutschland nichts andres verlangt, als ein von gegenseitiger Achtung, gegenseitigem Wohlwollen und Vertrauen getragenes

Verhältnis. Reibungen auf dem Weltmarkt — und diese bilden im wesentlichen den natürlichen Zug in den zeitweise eingetretenen Spannungen — werden auch in Zukunft unvermeidlich sein, die hat England auch mit seinem Verbündeten, Japan, Deutschland hat sie mit seinen Alliierten Österreich und Italien. Aber die Politik soll sich in diesen friedlichen Wettbewerb nicht einmischen, und merkantile Konkurrenz braucht keine politische Gegnerschaft zu erzeugen.

Ebensowenig soll der beiderseitige Flottenbau verstimmend wirken. Jeder Staat hat die Pflicht, für den Schutz seiner Unabhängigkeit, seiner Integrität und seiner Interessen zu sorgen. Im Jahre 1905 liebten es Blätter wie die Daily Mail, Deutschland mit der Übermacht Englands zu drohen, heute lassen sie Kassandrarufe erschallen, daß die beiden noch gar nicht einmal auf den Stapel gelegten deutschen Dreadnaughts das englische Schiff dieses Namens voraussichtlich wesentlich übertreffen werden! Vielleicht hat England mit der Erbauung dieser neuen großen Schiffsklasse einen Fehler begangen. Es hat seine Nachbarn gezwungen, den gleichen Schritt zu tun, und damit hat es seine bisherige maritime Übermacht einstweilen stark beeinträchtigt. Deutschland darf gegenüber den Drohungen, die im vorigen Jahre aus dem Munde und aus der Feder von Engländern in hoher politischer und militärischer Stellung ergingen, ganz abgesehen von der Haltung eines großen Teils der Presse und der öffentlichen Meinung Großbritanniens, die Hände nicht in den Schoß legen. Schutzdämme können nicht erst erbaut werden, wenn die Sturmflut hereinbricht, im Gegenteil, wir müssen das gute Wetter fleißig ausnutzen, das allmählich wieder über der Nordsee aufsteigt. Gewinnt es doch fast den Anschein, als seien die französisch-englischen publizistischen Erörterungen über die Zukunft Belgiens und Hollands unter französisch-englischem Protektorat, jedenfalls eine seltsame Begleitererscheinung zu der Begegnung von Friedrichshof, dazu bestimmt, uns recht wach und unsre Augen offen zu erhalten.

Recht nützlich würde es dagegen sein, wenn unsre Zeitungen sich nicht zu sehr in „Kolonialskandale“ anderer Länder vertiefen wollten. Wer so viel vor seiner eignen Tür zu kehren hat, tut gut daran, sich um den fremden Kehrriech nicht zu kümmern, wenigstens nicht, bevor der eigne beseitigt ist. Es würde das nur von neuem zu einer unerfreulichen Polemik zwischen der beiderseitigen Presse Anlaß geben. Wir werden mit unsern eignen Kolonialgeschichten noch während des kommenden Reichstags soviel zu tun haben, daß wirklich kein Grund vorliegt, das Ausland gewissermaßen zur Kritik herauszufordern. Andererseits soll man bei uns doch auch nicht übersehen, daß wir mit unsrer ganzen Kolonialpolitik nach zwanzig Jahren tatsächlich noch in den Kinderschuhen stecken, zum nicht geringen Teil deshalb, weil in dieser Zeit für die Entwicklung unsrer Kolonien und ihrer Verwaltungseinrichtungen, von Kiautschou abgesehen, dank einer verkehrten Reichstagspolitik leider gar so wenig geschehen ist. Wir haben infolgedessen teures Lehrgeld zahlen müssen, das keiner kolonisierenden Nation erspart geblieben ist, ebenso ist das bezüglich der dabei zutage getretenen Unregelmäßigkeiten der Fall. Wären die Kolonien nicht viele Jahre lang auch für den Reichstag das Aschenbrödel gewesen, so würde manches vermieden worden sein. Hoffentlich ist jetzt wenigstens die Erkenntnis durchgedrungen, daß wir für die Verwaltung usw. draußen wie in der Heimat nicht weggelobte Leute, sondern nur die tüchtigsten und erlesenen Kräfte brauchen können.

In einigen Blättern taucht die Amnestiefrage von neuem auf, diesesmal mit dem Zusätze, daß nunmehr doch die Gewährung einer Amnestie von ziemlichem Umfange gelegentlich der Taufe des jüngst gebornen Prinzen zu erwarten sei. Angehts der leztthin unternommenen Reise des preussischen Justizministers nach Nordey wird man diese Behauptungen nicht in Abrede stellen können. Aber

wenn einige Zeitungen weiter gehn und von neuem die Forderung einer Amnestie peremptorisch erheben, so verkennen sie die Sachlage und namentlich den Umstand, daß sie Gefahr laufen, abermals die Bemühungen derer zu durchkreuzen, die im Sinne der Gewährung einer Amnestie tätig gewesen sind. Eine Amnestie ist ausschließlich ein Gnadenakt der Krone, und dieser die Gewährung publizistisch vorzuschreiben, dürfte der allergeeignetste Weg sein, die Sache gänzlich zu vereiteln.

Die alljährlich nach dem Schluß der großen Manöver stattfindenden Veränderungen in den obern Flottenkommandostellen werfen diesmal ihre Schatten etwas weit voraus, und man begegnet zahlreichen Meldungen, die sich meist durch innere Widersprüche auszeichnen. Als sicher darf das Ausscheiden des Großadmirals von Roester und der Übergang des Oberkommandos der Schlachtflotte auf den Prinzen Heinrich von Preußen anzusehen sein, nachdem die künftige Zusammensetzung des Admiralsstabes der Schlachtflotte schon mit Rücksicht auf die Person des Prinzen befohlen worden ist. Ob der Großadmiral von Roester noch in der Stellung eines Generalinspektors der Marine, die er auch jetzt schon bekleidet, verbleiben wird, wie eine Kieler Meldung besagt, muß abgewartet werden. Es würde das sein Verbleiben in dem aktiven Dienst bedeuten und die Stelle müßte nebst den Anforderungen für Stab, Adjutantur und Bureau neu auf den Etat gebracht werden. Die ebenfalls wieder auftauchende Meldung, daß der Chef des großen Admiralsstabes, Büchsel, ein Geschwaderkommando übernehmen werde, ist schon dementiert worden. Bisher galt allgemein die Annahme, daß die Errichtung einer besondern Generalinspektion der Marine erst beim Ausscheiden des Prinzen Heinrich aus dem unmittelbaren Frontdienst erfolgen werde. Der Prinz ist jetzt erst 44 Jahre alt, seit sechs Jahren Admiral, mit großer Lust und Liebe Seemann, er kann mithin das Oberkommando der Schlachtflotte noch eine Reihe von Jahren führen. Seine Inspektion durch einen Generalinspekteur gilt aus diesem Grunde nicht als wahrscheinlich, wäre aber immerhin für einen Übergangszeitraum denkbar. — Die Alldutschen Blätter kommen noch einmal auf ihre Behauptung zurück, „daß Reichskanzler und Zentrum den Flottenforderungen des letzten Jahres die Grenze gezogen haben“. Es ist dies eine absolute Unwahrheit. Die Entscheidung über die einzubringende Flottenvorlage ist vom Kaiser, zunächst völlig unabhängig vom Reichskanzler, beim vorjährigen Vortrag des Staatssekretärs in Rominten getroffen worden. Bei der Entscheidung ist die parlamentarische und finanzielle Sachlage gewiß mit in Erwägung gekommen, war aber keineswegs ausschlaggebend. Ausschlaggebend waren organisatorische und technische Erwägungen. Man muß sich gegenwärtig halten, daß diese Entscheidung zu Anfang Oktober 1905 inmitten einer noch ziemlich gespannten politischen Lage zu treffen war, daß somit eine Reihe von Umständen mit in Betracht kam, die später hinfällig geworden sind, an denen man aber damals nicht vorübergehn konnte. Der Verfasser sagt wörtlich: „Ebenso gewiß wie durch einen Winkel und eine ihm anliegende Seite des Dreiecks die Länge der gegenüberliegenden bestimmt wird, haben Reichskanzler und Zentrum den Flottenforderungen die Grenze gezogen.“ Man darf getrost annehmen, daß sich die vom Verfasser vertretenen Anschauungen und Behauptungen auf der Höhe dieser merkwürdigen mathematischen Auffassung bewegen.

Der Erlaß des Kultusministers, der die Aufrechthaltung der Sedanfeier in den Schulen anordnet, ist eine staatspolitische Notwendigkeit ersten Ranges und als solche freudig zu begrüßen. Es war in dieser Hinsicht leider schon vielfach eine bedauerliche Gleichgültigkeit eingerissen, deren Folgen nicht verkannt werden dürfen. Die Feier des Sedantages vermehrt die ohnehin recht spärlichen Gelegenheiten zur Betätigung und Befestigung vaterländischer nationaler Gesinnung und gibt Lehrern und Schülern Anlaß, sich immer wieder von neuem in die große Verzezeit des

Reiches zu versenken. Je unermüdlischer die Sozialdemokratie daran arbeitet, den Staatsgedanken und die Staatsgesinnung schon in den jungen Gemütern zu erlöten, um so gebieterischer tritt an die Schulbehörde die Pflicht heran, dieser Vergiftung der heranwachsenden Geschlechter mit allen Mitteln entgegen zu arbeiten. Der junge Mann, der in das Heer tritt, soll sich doch der Siegesgeschichte und der Ehrentage seines Regiments freuen; dazu aber ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Saat des Unkrauts nicht schon in der Schule überwuchernd aufgeht. Für die Mädchenschulen kommt der große Einfluß in Betracht, den die Mütter dereinst auf die Erziehung ihrer eignen Kinder ausüben. Je ärmer unser heutiges öffentliches Leben an Idealen ist, je mehr der Kampf um das Dasein die Gemüter in Anspruch nimmt, um so ernster ist die Pflicht der Schule, in den jungen Herzen den Glauben an das Vaterland, die Ehrfurcht vor seiner großen Geschichte und das Pflichtgefühl, an der Entwicklung seiner Zukunft hingebend und opfermütig teilzunehmen, zu festigen und zu entwickeln. Schon vor einer Reihe von Jahren haben aufmerksame Beobachter des französischen Volkslebens, Männer, die den Krieg in den deutschen Heeren mitgemacht hatten und nun in Frankreich gelehrt und wissenschaftlichen Forschungen nachgingen, festgestellt, wie dort auf dem Lande und in den kleinen Städten die Erinnerung an das unbedeutendste Gefecht, das in der Gegend stattgefunden hat, durch kirchliche und Schul-Feier, durch Bekränzung der Gräber usw. festgehalten wird, während in Deutschland leider von Jahr zu Jahr die Gleichgültigkeit gegenüber unsern patriotischen Gedenktagen immer größer geworden war. Die politische Tragweite dieser Erscheinung ist um so weniger zu verkennen, als in den patriotischen Gedenkfeiern zugleich ein kräftiges Band der Einigung des Nordens und des Südens des Vaterlandes liegt, und es für Deutschlands Zukunft keineswegs gleichgültig ist, ob sich alljährlich am 2. September die Herzen in Nord- und in Süddeutschland zu erhebender Feier zusammenfinden oder nicht.

Die Öffentlichkeit hat sich in den jüngsten Wochen recht eingehend mit der Ostmarkenpolitik beschäftigt, es sind dabei die Fragen der Umwandlung der Posener Akademie in eine Universität und die der Erhaltung des Grundbesitzes in deutscher Hand in den Vordergrund getreten. Was die Posener Akademie anlangt, so war es naheliegend, daß sich, nachdem sie einmal geschaffen war, Stimmen erheben würden, die sie zur Universität ausbauen möchten. Der außerordentlich heilsame Einfluß, den die Universität Bonn auf das innere Zusammenwachsen der Rheinlande mit dem alten Preußen ausgeübt hat, war mit in die Wage gefallen bei der Gründung der Universität Straßburg, von der man sich ebenfalls versprach, daß sie sich als eine starke Feste für das geistige Zusammenwachsen des Reichslandes, namentlich des Elsaß, mit dem übrigen Deutschland erweisen werde. Nach Lage der Dinge kann sich dieser Prozeß nur sehr langsam entwickeln, und die Fortschritte, die in dieser Richtung gemacht worden sind, sind heute, nach einem Menschenalter, trotz der großen Freigebigkeit des Reiches noch recht gering. Ganz und gar unzutreffend wäre eine gleiche Erwartung für die Provinz Posen. Die Akademie dort soll für die Deutschen, die erwachsenen Deutschen, ein Mittelpunkt geistigen Lebens und geistiger Fortbildung sein. Zur Universität umgewandelt, würde sie nicht mehr den Erwachsenen, sondern einer akademischen Jugend gehören, die zahlenmäßig nur eine überwiegend polnische sein könnte, durchaus nicht von der Absicht beseelt, sich von dieser Universität germanisieren zu lassen, sondern allein von dem Willen bestimmt und geleitet, dieses deutsche Bildungsmittel zur Hebung des Polentums auszunutzen. Eine Universität in Posen würde unfehlbar das Schicksal der Universität von Prag haben. Wir hatten ehemals in Posen nur

Adel und Geistlichkeit zu bekämpfen, das preußische Gymnasium und die preußische Realschule haben einen polnischen Bürgerstand geschaffen, der seine Bildung und den erworbenen Wohlstand nur für den Kampf gegen den preußischen Staat verwertet und diesen mit wesentlich breiterer Front angreift, als es dem Adel und dem Klerus jemals möglich gewesen ist. Haben schon unsere Schulen polonisierend gewirkt, die Universität würde es in wesentlich erhöhtem Maße tun. Was den Grundbesitz anlangt, so besteht heute wohl kein Zweifel mehr, daß die bisherige Ansiedlungspolitik nicht ausreicht, dem damit beabsichtigten Zweck zu genügen. Auch die Kreuzzeitung gibt schon zu, daß ohne Vorkaufsrecht und Enteignungsrecht des Staates die Sache nicht mehr haltbar sei. Es dürfte die höchste Zeit sein, diese Mittel zur Anwendung zu bringen. *g*

Zuckerfragen. Vor zehn Jahren hat Eduard Hahn in seinem viel zu wenig beachteten Werke: „Die Haustiere und ihre Beziehung zur Wirtschaft des Menschen“ (siehe das 35. Heft der Grenzboten von 1895) geschrieben: „Unsre Rübe wächst nicht in tropischer Uppigkeit, und wenn sie mehr als 12 Prozent Zucker enthält, so ist das viel. Zuckerrohr steht dicht wie das Schilf bei uns, es enthält bis 18 Prozent, und die Halme sind 8 bis 15 Fuß hoch. Sowie die tropische Arbeiterfrage ihre endgiltige Lösung gefunden haben wird, ist damit das Schicksal unserer Zuckerindustrie besiegelt, ja sie wäre wahrscheinlich schon vernichtet, wenn nicht gerade der Aufschwung der javanischen Zuckerindustrie durch die Serehkrankheit des Rohrs zunächst eine starke Verzögerung erlitten hätte. Gelingt es, diese Krisis zu überwinden, gelingt es ferner, den amerikanischen Neger seiner Indolenz zu entreißen, so wird unsere Industrie nicht lange widerstehen können. Bedenkt man aber, daß unser Rübenbau einen großen Teil des allerbesten Bodens der eigentlichen Bestimmung, der Ernährung unseres Volkes, entzieht, und neben der Vernichtung des bäuerlichen Betriebs in einigen ehemaligen Hauptgebieten, zum Beispiel der Magdeburger Börde, durch die starke Verwendung fluktuierender Arbeitermassen unsere ländliche Lohnarbeiterschaft proletariert, so kann man nur dringend wünschen, daß wir diese Industrie so bald und mit so wenig Nachteil wie möglich loswerden.“ Er schlägt vor, daß in der Rübenzuckerfabrikation steckende Kapital in Zuckerrohrplantagen anzulegen. Wir haben damals dazu bemerkt: weil die bei uns für die Zuckerindustrie verwandte landwirtschaftliche Fläche verhältnismäßig klein sei und die beim Rübenbau angewandte Tiefkultur im Fruchtwechsel auch dem Getreide zugute komme, so werde das, was die Zuckerproduktion den Nahrungsmitteln entziehe, nicht bedeutend sein; aber die übrigen volkswirtschaftlichen und sozialen Schädigungen, die sie dem Volke zufüge, seien so groß, daß man ihren Untergang wünschen müsse. Und heute fügen wir hinzu: das Bestreben, die Rohrzuckerergewinnung daniederzuhalten, beweist aufs neue die Unvernunft unserer Wirtschaftsverfassung, da das allein vernünftige doch nur sein kann, jede Gabe der Natur dankbar anzunehmen, also den Zucker dort zu gewinnen, wo sie ihn am reichlichsten spendet und mit dem geringsten Anspruch an menschlichen Arbeitsaufwand. Nach der Beendigung des kubanischen Krieges ist sofort — ohne daß Hahn genannt worden wäre — die Ansicht ausgesprochen worden, wenn sich jetzt die Yankees auf die Zuckerproduktion in den erworbenen Gebieten verlegten, so werde Kuba allein schon den Zuckerbedarf der ganzen Welt decken können. Unsere Zuckerinteressenten wehrten sich natürlich mit Händen und Füßen gegen die Anerkennung dieser Tatsache. Ihr wissenschaftlicher und zugleich parlamentarischer Vertreter, Professor Paasche, untersuchte die Lage an Ort und Stelle und beschwichtigte

in seinem Bericht die Befürchtungen seiner Leute. Professor Julius Wolf findet Paasches These sehr sympathisch, aber eben das Sympathische beweise, einen wie starken Anteil an ihrer Aufstellung das Gefühl gehabt habe. Der genannte Nationalökonom veröffentlicht nämlich bei Gustav Fischer in Jena (1906) die Schrift: „Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, die kubanische Zuckerproduktion und die Zukunft der Zuckerindustrie. Mit zahlreichen statistischen Tabellen und Exkursen.“ Darin beweist er, gestützt auf zweifellos zuverlässige Berichte von Kennern Kubas, daß diese Insel in Beziehung auf Zucker tatsächlich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Sie enthält 120 000 Quadratkilometer, was vier Fünftel der eigentlichen Halbinsel Italien (Italien ohne die Inseln und den kontinentalen Querbalken) ausmacht. Sie hat nicht ganz 1 800 000, das entsprechende Stück Italiens 16 000 000 Einwohner. Und sie ist von der Natur weit mehr begünstigt als Italien; ihr ganzes Areal ist anbaufähig, und ihr Boden sehr fruchtbar. In geregeltem Anbau gezogen sind erst 3600 Quadratkilometer, wovon 1700 mit Zuckerrohr bestanden sind, also 1,3 Prozent der Bodensfläche. Obgleich nun die Zuckergewinnung noch nachlässig und primitiv betrieben wird — die bessern Methoden fangen eben erst an, sich zu verbreiten —, ist die Produktion, die in der besten Zeit vor dem Kriege 10 Millionen Doppelzentner betragen hatte, im Kriege auf 2 bis 3 zurückgegangen war, jetzt auf 13 Millionen gestiegen. Die Produktionskosten betragen 1,35 Cents für das Pfund loco Bord. Außerdem erzeugen Rohrzucker: Java 10, Hawaii 3,7, Louisiana 3 Millionen Doppelzentner, Brasilien, Mauritius, Portorico, Queensland kleinere Mengen; alle zusammen erzeugten im Jahre 1900 36 Millionen. Ostindien, das ebenfalls Zuckerrohr baut, zählt nicht mit, weil es den Bedarf der eignen Bevölkerung nicht ganz deckt, darum für Zucker nicht Aussondernsland ist. Die Rohrzuckerproduktion ist langsam von 11 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1840 auf 36 Millionen im Jahre 1900 gestiegen. Der Rübenzucker hat in derselben Zeit gewaltige Sprünge gemacht: im ersten Jahrzehnt von 0,4 auf 2 Millionen, in jedem folgenden auf ungefähr das Doppelte des vorhergehenden bis 60 Millionen im Jahre 1900. Aber den Rekord im Ringen mit dem Rohrzucker hat der Rübenzucker schon im Jahre 1899 erreicht, wo sein Anteil an der Weltproduktion $64\frac{1}{2}$ Prozent betrug; in der Kampagne 1904/05 deckte er nur 51,7 Prozent des Weltkonsums; der Rohrzucker machte also mit ihm beinahe Halbpart. (Die genauen Zahlen werden gerade hier nicht angegeben; da der Weltbedarf reichlich 100 Millionen Doppelzentner beträgt, müßte die Rohrzuckermenge in der genannten Zeit fast 50 Millionen erreicht haben.) Wolf schließt daraus, daß das Jahr 1900 der Wendepunkt sei, von dem an der Rübenzucker in immer stärkerem Maße vom Rohrzucker überflügelt werden werde. Denn der Erfolg des Rübenzuckers beruhe auf der Wissenschaft, und die sei mit ihren Leistungen an den Grenzen der Möglichkeit angelangt, die Rohrzuckerfabrikation bedürfe vor der Hand noch gar keiner Chemie, sondern nur des Kapitals (das ihr jetzt durch die Verbindung mit den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehe) und der Arbeiter, die nötig seien, die Anbaufläche des Zuckerrohrs zu vergrößern; sie stehe also erst im Anfange ihrer Entwicklung. Ein Kubaner hat erklärt: „Wir brauchen keine Chemie; könnten wir nur all unser Rohr durch die Fabrik durchpeitschen! Wir müssen jedes Jahr ganze Rohrfelder ungeschnitten stehen lassen.“ Deutschland gewinnt mit allen wissenschaftlichen Schikanen 43 Doppelzentner Zucker vom Hektar, Hawaii ohne solche 104, auf den besten Plantagen 334. Nun hat es ja die Versuchstation Lauchstädt bei Halle auf 87,1 Doppelzentner gebracht, und so hoch, meint Wolf, könnte man es überall bei uns bringen, wenn man — die Kosten nicht scheute; leider verraten die Lauchstädter Berichte nicht, wie hoch sie sich be-

laufen. Ja, die Kosten! Da liegt der Hase, genannt landwirtschaftliche Industrie oder kapitalistische Landwirtschaft, im Pfeffer! Wenn man nur die genügende Quantität teuern ausländischen Düngers und nicht eben wohlfeiler menschlicher und Maschinenarbeitskraft anwendet, kann die deutsche Landwirtschaft mit Leichtigkeit 100 Millionen Menschen ernähren, und wenn man den Roggen, gleich den Gurken, unter Glas zieht, vielleicht sogar 200 Millionen; es fragt sich nur, wie viel er dann kostet, und wer ihn bezahlen soll; von Milch, Butter und Fleisch gar nicht zu reden. Daß übrigens die Wissenschaft gerade in der Zuckererzeugung Erstaunliches geleistet und sich mit unsterblichem Ruhme bedeckt hat, muß anerkannt werden. Im fünfzehnten Jahrhundert hat der Zentner Zucker 1000 bis 1200 Mark, im Jahre 1650 120 Mark, im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts 50 bis 60 Mark gegolten, jetzt gilt er 8 bis 9 Mark, und die Herstellungskosten betragen 6 bis 8 Mark — dank der Wissenschaft.

Professor Wolf hegt nicht etwa den oben ausgesprochenen feyerischen Wunsch, der Rohrzucker möge siegen; er weist im Gegenteil die Wege, wie wenigstens der Stegeszug des kubanischen Zuckers aufgehalten werden könne. Die Union gewährt Kuba einen Vorzugszoll, und es wird nun für dieses ein leichtes sein, unter dem Schutze solcher Begünstigung den ganzen Bedarf der Vereinigten Staaten zu decken. Dieser beträgt 18,3 Millionen Doppelzentner über die nicht sehr bedeutende Eigenproduktion, und davon hat Kuba 1904/05 10,3 Millionen geliefert; steigert es seine Produktion auf 18 Millionen, so fallen die Zufuhren aus den übrigen Zuckerländern hinweg, darunter die eine Million, die Deutschland dorthin exportiert. Es gibt nun, wie Wolf mit Zeitungsartikeln beweist, sogar in den Vereinigten Staaten Leute, die anerkennen, daß der kubanische Vorzugszoll gegen den Meistbegünstigungsvertrag verstoße, der zwischen dem Deutschen Reiche und der Union besteht, und Wolf zeigt, wie Deutschland die Benachteiligung hätte abwenden können, und was es noch in Zukunft dagegen tun kann. Ein Kampf gegen den Zollvertrag mit Kuba werde in der Union selbst Bundesgenossen finden, sowohl an den amerikanischen Rübenzuckerfabrikanten und den Rohrzuckerproduzenten von Louisiana, Hawaii, Portorico und den Philippinen, als auch an den Politikern, die in dem Kubavertrag eine Schädigung der Finanzen der Republik sehen. Die weitere Entwicklung des Zuckerdramas wird also, wie es scheint, zunächst davon abhängen, ob diese Interessengruppen zusammen stärker oder schwächer sind als die Kapitalisten, die sich die „Erschließung“ Kubas zur Aufgabe machen.

Wir fügen hier noch ein paar kurze Anzeigen an. Bei B. G. Teubner, Leipzig und Berlin (1906) ist erschienen: „Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch, unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Dr. Ernst von Halle, Professor an der Universität Berlin. Jahrgang 1906, I. Teil: Internationale Übersichten.“ Ein sehr gutes und vollständiges Nachschlagebuch, das viele lieber benutzen werden als die aus Hildebrands Jahrbüchern zusammengestellte Volkswirtschaftliche Chronik, weil in dieser, die Monat für Monat berichtet, der Stoff zu sehr zerrissen wird. Im 11. und 13. Heft dieses Jahrgangs haben wir Buedß großes Werk: Der Zentralverband deutscher Industrieller angezeigt. Der Genannte hat jetzt (bei J. Guttentag in Berlin, 1906) eine Broschüre herausgegeben: Der Zentralverband deutscher Industrieller und seine dreißigjährige Arbeit von 1876 bis 1906, deren Inhalt zum Teil dem mit dem Jahre 1901 abschließenden größern Werke entnommen ist, zum Teil dieses durch Fortführung der Geschichte des Verbandes bis zur Gegenwart ergänzt. — Max Lorenz, Herausgeber der Antisozialdemokratischen Korrespondenz, veröffentlicht (bei Dr. Webekind u. Co., Berlin, 1906) unter dem Titel: Das Deutschland der Gegenwart

vier im Wirtschaftlichen Schutzverband zu Hamburg gehaltne Reden über die politische Entwicklung in Deutschland, die Arbeiterfrage, die moderne Frauenbewegung und die moderne Literatur, die recht verständige Ansichten enthalten. Die Tätigkeit des Schutzverbandes und die Hamburger Wahlrechtsänderung werden im letzten Vortrage als Reaktion des Individualismus gegen „die terroristischen Ansprüche des proletarischen Naturalismus“ charakterisiert.

Franz Hanfstängls Kunstverlag in München. Wir machen zuerst auf den großartigen neuesten Verlagskatalog aufmerksam, der auf 200 Seiten die Abteilung „Galeriepublikationen“ verzeichnet. Er ist alphabetisch nach den Meisternamen geordnet und umfaßt die Hauptsammlungen von Deutschland, Belgien, Holland, England, Italien, Österreich-Ungarn und Rußland. Es fehlen also nur der Louvre und der Prado. Die Blätter werden als unveränderliche Kohle- oder Silberphotographien und als Pigmentdrucke in sechs Formaten von 75 Pfennigen an geliefert. Es kauft sie der Einzelne nach seiner Wahl, und die Buchhändler legen sie den Regdrucken ihrer Bücher zugrunde. Was wäre unsre ganze kunstgeschichtliche Illustration ohne Hanfstängls Aufnahmen! Nach einer beschränkten, immerhin aber doch noch sehr großen Zahl von Originalen werden auch photomechanische Reproduktionen im künstlerischen Charakter einer Radierung, nur noch treuer als diese, hergestellt. Diese Hanfstänglschen „Graburen“ sind Kunstblätter, die nicht auf eine Linie gestellt werden dürfen mit dem vielen minderwertigen Zeug, das neuerdings unter demselben Namen auf den Markt gebracht, und weil es dann vielleicht fünfzig Pfennige oder eine Mark pro Blatt kostet, dem Publikum als halb geschenkt angepriesen wird. Hanfstängls Remarquegedrucke auf Japanpapier, z. B. nach einem Rembrandtschen Porträt, haben überhaupt nicht ihresgleichen. Wer unter den ihm bekannten Originalen einen Liebling hat, den er täglich an der Wand seines Zimmers sehen möchte, kann sich das kleinste Format in dieser Reproduktionsweise auf Chinapapier (50×37 Zentimeter Blattgröße) schon für 3 Mark verschaffen. Die größeren Formate, z. B. Imperial (auf China 15, auf Japan 30 Mark), machen eine ganz wundervolle Wirkung. Und das Auge braucht geradezu von Zeit zu Zeit den Eindruck des Echtes, damit es die Fähigkeit, Qualitäten zu unterscheiden, nicht einbüßt. — Für Musikfreunde hat Hanfstängl ganz kürzlich einen besondern Katalog über Kunstblätter nach Darstellungen aus Opern und nach Musikerporträts herausgegeben, der schon als Buch mit seinen hundert kleinen Illustrationen (vorwiegend Richard Wagner und was mit ihm zusammenhängt) eine willkommene Gabe sein wird. Er kostet 50 Pfennige. — Endlich empfehlen wir noch als neueste Künstlerbiographie desselben Verlags „Adolph von Menzel“ von Franz Hermann Meißner, 82 Seiten in Großquart mit vielen Textabbildungen und Lichtdrucken (4 Mark). Jedenfalls das Beste und Billigste, was sich jemand anschaffen kann. Und am Ende ist und bleibt doch Menzel der einzige unbestrittne Künstler, den unsre Zeit gehabt hat, den namentlich auch die Ausländer ohne Vorbehalt gelten lassen, wenn sie auch nicht soviel darum hermachen, wie wir um Rodin oder Meunier. „Ob man, sagt Meißner, ihn immer zu den Ganzgroßen der Kunstgeschichte zählen wird, zögere ich zu entscheiden.“ Wir dürfen diese Sorge der Zukunft überlassen und meinen nur, daß dann Böcklin, Klinger und Thoma, auf die Meißner öfter vergleichend hinweist, noch weniger Aussicht auf die künftige „Ganzgröße“ haben. „Wenn je wieder die Erkenntnis dämmern sollte, daß eine ernsthafte Kunst, die vor den Nachfahren nicht zu erröten braucht, ohne eine hohe persönliche Bildung des Künstlers nicht möglich ist, dann wird Menzel der tauglichste Schulmeister der Jungen werden.“ Ganz unsre Ansicht!

Auf Hansstängls Aufnahmen beruhen auch „Weichers Kunstbücher“, gefällige kleine Hefte in Taschenformat mit buntem Pergamentumschlag, aus dem Verlag von Wilhelm Weicher in Leipzig, die um ihrer besondern Art willen sehr zu empfehlen sind. Sie geben nämlich keinen Text, was in Anbetracht der vielen fabrikmäßigen Kunstschreiberei von heute allein schon beinahe als ein Vorzug anzusehen ist, nur Abbildungen in Kupferdruck, und zwar sehr gute. Also ganz so wie die „Maler-Klassiker“ des Hansstängl'schen Verlags, nur daß diese nach Galerien angeordnet sind, die Weicherschen dagegen nach Meistern. Erschienen sind drei Hefte: Rubens, Bandyck, Rembrandt. Jedes kostet 80 Pfennige und enthält 60 Bilder. Man wird zugeben, daß das beinahe geschenkt ist. Auf diese Weise wird doch in Wahrheit etwas „zugänglich gemacht“. Wir stellen uns das nicht so vor, daß jeder darauf ausgeht, sich die ganze Sammlung anzuschaffen, die nach Plan und Inhalt neben so manchem andern Unternehmen doch auch nur wieder etwas Zufälliges sein kann, sondern er hat die Gelegenheit, buchstäblich für nichts sich seine Lieblingsmeister zu kaufen und zu vervollständigen. Am meisten hat uns das Bandyck-Heft interessiert, weil es eine Anzahl wenig bekannter Bildnisse aus den englischen Sammlungen bringt.

Berichtigung. Erst die redaktionelle Bemerkung zu meinem Aufsatz über „Die Physiognomie der russischen Sprache“ (S. 207) hat mich auf die Möglichkeit eines Mißverständnisses hingewiesen, die mir um so ferner lag, als die dort abgebrochene Gedankenreihe inzwischen an andrer Stelle ihren Abschluß gefunden hatte. Natürlich denke ich nicht daran, die Schule gleichzeitig mit drei neuern Fremdsprachen belasten zu wollen. Vielmehr soll das Russische wahlfrei sein, unter Umständen aber an die Stelle des Französischen oder des Englischen treten, je nach der vom nationalen Bedürfnis abhängenden Ökonomie des Lehrplans. Näheres enthält meine im diesjährigen Festschrift des Pädagogischen Archivs S. 395 bis 403 veröffentlichte Abhandlung: „Das Russische in der deutschen Schule“.

Gustav Weck



Die Verbreitung des Odol über die ganze Erde steht ohne Beispiel da.

Es gibt kein zweites Industrieprodukt, das eine derartig enorme Verbreitung in allen Ländern gefunden hat.